

Gedenkansprache

**Kommandeur des Zentrums für Militärgeschichte und
Sozialwissenschaften der Bundeswehr**

Oberst Dr. Sven Lange

anlässlich

der Gedenkveranstaltung

**im Einsatzführungskommando der Bundeswehr zum 80.
Todestag Henning von Tresckows**

am 19. Juli 2024

es gilt das gesprochene Wort!

Der Umgang der Bundeswehr mit dem 20. Juli 1944 und das soldatische Vorbild Henning von Tresckows

**Sehr verehrter Herr General Schütt,
sehr verehrte Familie von Tresckow,
sehr geehrte Admirale und Generale,
meine sehr verehrten Damen und Herren,
Kameradinnen und Kameraden!**

Die Einladung, heute zu Ihnen zuzusprechen, ehrt mich, sie ehrt aber vor allem das Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr. Das Einsatzführungskommando der Bundeswehr unterstützt die Forschung unseres Hauses seit vielen Jahren und in vielfältiger Weise – vor allem bei der wissenschaftlichen Evaluation und Analyse der Auslandseinsätze der Bundeswehr. Ihre Einladung, sehr verehrter Herr General, ist mir daher gleichermaßen Freude und Verpflichtung.

Der militärische Widerstand gegen das NS-Regime ist bereits seit Aufstellung unserer Vorgängerin, dem Militärhistorischen Forschungsamt, im Jahre 1957, ein Schwerpunkt unserer Forschung.

Erst gestern haben wir im wiedererrichteten Turm der Potsdamer Garnisonkirche eine neue Publikation zu diesem Thema der Öffentlichkeit vorstellen dürfen. Es handelt sich um eine Arbeit über die „Denkmäler für den Widerstand gegen den Nationalsozialismus“. Sie bietet nicht nur einen gewinnbringenden Überblick über die in die Hunderte gehende Zahl von Denkmälern, die heute in Deutschland an das Unrecht des Nationalsozialismus erinnern, sondern analysiert auch erkenntnisweitend das Entstehen und Werden dieser spezifisch deutschen Erinnerungslandschaft.

Das Buch ist also weit mehr als eine akribische Bestandsaufnahme und auch mehr als nur ein wichtiger Beitrag zur deutschen Erinnerungskultur. In seinem tieferen Kern spürt es vielmehr grundlegenden Fragen nach, die sich uns nicht nur am 20. Juli in ganz besonderer Intensität stellen: Was können und was sollen wir aus der Geschichte lernen? Und wie vermeiden wir es, Fehler der Vergangenheit wiederholen zu müssen?

Meine Damen und Herren,

ich möchte Sie nicht mit einer Darstellung langweilen, wie sich das Gedenken an den 20. Juli 1944 und die Sicht auf den militärischen Widerstand gegen das NS-Regime in der Bundeswehr über die Jahrzehnte im Detail verändert hat.

Es ist vielfach und mit einiger Berechtigung beklagt worden, dass bei den offiziellen Verlautbarungen zum 20. Juli leicht der Eindruck eines formelhaften Bekenntnisses entstehen kann.

Stefan Geilen hat zwar auf eine bemerkenswerte Wandlung innerhalb der Berufung auf den 20. Juli hingewiesen. Zunächst sei diese in der Aufstellungsphase noch von den Reformern und progressiven gesellschaftlichen Gruppen gegen die Widerstände einer nicht reformbereiten Mehrheit ehemaliger Soldaten durchgesetzt worden, um die Bundeswehr als „Gegenentwurf“ zu ihren Vorgängerarmeen historisch zu legitimieren.

Nach 1982 sei die Berufung auf den 20. Juli dann umgekehrt von konservativer Seite gegen eine Einengung der Tradition auf die Zeit nach 1945 ins Feld geführt worden.

Die Opfer, die Angehörige der Wehrmacht im militärischen Widerstand gebracht hatte, wurden als Argument dafür angeführt, die Wehrmacht als Institution nicht pauschal als traditionsunwürdig zu verdammen.

Nachdem der 20. Juli also zunächst als Instrument gegen eine unreflektierte Wehrmachtsapologetik in den neuen westdeutschen Streitkräften gedient habe, sei er später dazu verwendet worden, diese Wehrmacht nicht gänzlich ehrlos werden zu lassen.

Sicherlich ist es nicht ohne Gewinn, den feinen Entwicklungen und Veränderungen im Widerstandsbild der Bundeswehr und ihren zeitbedingten Ursachen nachzuspüren, wie es etwa Rüdiger von Voss oder vor ihm Claus Donate getan haben.

Dennoch bleibt der Befund, dass schon der Tagesbefehl des ersten Generalinspektors, Adolf Heusinger, vom 20. Juli 1959 nicht nur die Bewertung des Widerstandes bis zum heutigen Tage vorgegeben hat, sondern im Wesentlichen auch bereits semantisch Ton und Gehalt dieser Wertschätzung setzte.

„Eine Tat gegen Unrecht und Unfreiheit“, „ein Lichtblick in dunkelster Zeit“ und der Aufstand des Gewissens sind die Sprachbilder, die in immer neuer Zusammensetzung und Variation bis heute das öffentliche Gedenken und die Würdigung des Widerstandes durch die Bundeswehr dominieren.

Ich möchte deshalb heute nicht erneut die Entwicklung des Widerstandsbildes innerhalb der Bundeswehr nachzeichnen, sondern vielmehr der Frage nachgehen, warum der Widerstand eine solche Wirkung auf die Bundeswehr gewinnen konnte und welche Rolle Henning von Tresckow als einer seiner Protagonisten dabei bis heute spielt.

Der gültige Traditionserlass aus dem Jahre 2018 erwähnt den 20. Juli erst auf seinen letzten Seiten, spricht aber von dessen „herausgehobene[r] Bedeutung für die Tradition der Bundeswehr“.

Seit 1999 führt die Bundeswehr jedes Jahr ein Öffentliches Gelöbnis in Berlin entweder am Bendlerblock, dem Sitz des Verteidigungs-ministeriums, oder vor dem Reichstag durch.

Wie so oft, lohnt zur Beantwortung ein Vergleich.

Am 20. Juli 1990, also nur zehn Wochen vor dem Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik zur Bundesrepublik Deutschland wurde die Nationale Volksarmee der DDR neu vereidigt – auch hier in dieser Kaserne.

Die Vorstellung, auf dem Gebiet der DDR könne es auch nach dem 3. Oktober eine zweite, in kein Militärbündnis integrierte Armee geben, die sogenannte „Zweiarmeentheorie“, war zum Zeitpunkt dieser Vereidigung bereits obsolet geworden. Über den eigentlichen Sinn der neuen Eidesleistung der NVA, die von der Frankfurter Allgemeinen Zeitung als „NVA-Wasch-Anlage“ verspottet wurde, durften damit berechtigte Zweifel bestehen.

Neben dem Vorhaben an sich, wurde vor allem das gewählte symbolträchtige Datum der Neuvereidigung kritisiert, denn mit dem 20. Juli beabsichtigte Rainer Eppelmann, Minister für Abrüstung und Verteidigung in der letzten DDR-Regierung, die neue NVA augenscheinlich mit dem Erbe des militärischen Widerstandes gegen das NS-Regime zu verknüpfen.

Bewusst und aus persönlicher Überzeugung sollten die NVA-Angehörigen die Verpflichtung eingehen, Befehl und Gehorsam in Übereinstimmung mit Recht und Gewissen zu bringen, so Eppelmann in seinem Tagesbefehl.

Damit, so der Minister weiter, stünden die Soldaten der NVA auch in der Tradition der Männer des militärischen Widerstandes gegen die nationalsozialistische Diktatur.

Nicht wenige Kritiker sahen in diesem Vorgehen eine plumpe Geschichtsklitterung sowie „den absurden Versuch, die NVA noch nachträglich mit dem 20. Juli aufzuwerten“. „Sich durch die gespenstische Prozedur“, so ein Kommentator, „ein Mäntelchen der Achtbarkeit und Legitimität“ umhängen zu wollen sei jedoch „ein politisch geradezu frivoler Vorgang“.

Philipp Freiherr von Boeselager, selbst Überlebender des Widerstandes gegen Hitler, bewertete die besondere Terminwahl schlicht als „grotesk“.

Etwas konzilianter im Ton, in der Sache aber ebenso scharf ablehnend formulierte die Tageszeitung *Die Welt*. Demnach käme das Bemühen deutlich zu spät, die NVA jetzt noch mit der Tradition des militärischen Widerstandes zu identifizieren. Die NVA könne ebenso wenig eine Armee in der Demokratie sein, wie die Wehrmacht den nationalsozialistischen Unrechtsstaat habe überleben können.

Der Historiker Rüdiger Wenzke hat darauf hingewiesen, dass der Befehl Eppelmans auch bei den rund 50.000 Zeit- und Berufssoldaten der NVA gleich in doppelter Hinsicht Unverständnis auslösen musste. Zum einen hätten sie, wie auch die meisten Beobachter, die Neuvereidigung auf einen Staat, dessen rasches Ende deutlich absehbar war, als unnötig empfunden.

Zum anderen fehlte der weit überwiegenden Mehrheit schlichtweg der persönliche Bezug zum 20. Juli 1944 und seinen inneren Werten. Lediglich drei Prozent der Grundwehrdienstleistenden, vier Prozent der Unteroffiziere und zehn Prozent der Offiziere der NVA hätten, so Wenzke, im Frühsommer 1990 bei einer Umfrage akzeptable Kenntnisse zum 20. Juli vorweisen können.

Dies konnte eigentlich niemanden verwundern. Mit Beginn der 1950er Jahre hatte sich in der DDR ein offizielles Geschichtsbild durchgesetzt, das den 20. Juli dogmatisch als imperialistisch-militaristischen Putschversuch beschrieb, der den Zielen des deutschen Finanzkapitals und der Großgrundbesitzer gedient habe. Damit waren der 20. Juli und der militärische Widerstand insgesamt nicht zu den „progressiven und revolutionären“ Ereignissen und Entwicklungen der deutschen Geschichte zu zählen, die von der SED für traditionswürdig befunden wurden.

Erst in den 80er Jahren hatten zaghafte Bemühungen um eine Neubewertung begonnen, mit dem Ziel, den militärischen Widerstand in das offizielle Geschichtsbild der DDR zu integrieren. Den Schlusspunkt dieser Entwicklung setzte 1990 eine amtliche Broschüre zur Unterstützung der staatsbürgerlichen Bildung des Ministeriums für Abrüstung und Verteidigung, verfasst von Mitarbeitern des Militärgeschichtlichen Instituts der DDR. Ihr letzter Direktor, Oberst Professor Paul Heider, resümierte darin:

„Was die Bewertung des 20. Juli und ihren Platz im deutschen antifaschistischen Widerstandskampf betrifft, wurden in der Geschichtsschreibung der DDR besonders in den letzten 5 Jahren manch neue Erkenntnis gewonnen.

Anstelle früherer holzschnittartiger Bewertungen, die mit Begriffen wie progressiv und reaktionär operierten, traten differenziertere Einschätzungen. [...] Indes hat die friedlich vollzogene demokratische Revolution vom Herbst 1989 erstmals in der DDR und somit auch in der NVA Voraussetzungen geschaffen, die Ideale der Männer des 20. Juli und des deutschen Widerstandes überhaupt [...] als Traditionen zu erschließen und zu vermitteln“.

Diese zaghaften Bemühungen um Korrektur kamen jedoch zu spät, um eine jahrzehntelange Indoktrination noch vor dem endgültigen Untergang der NVA zu korrigieren. Für den allergrößten Teil ihrer Existenz verstand die NVA unter einem traditionswürdigen Antifaschismus nur jenen Widerstand, dessen Ziel über den Sturz Hitlers hinaus darin bestand, die Beseitigung des NS-Regimes in den Aufbau einer sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung zu überführen – vor allem also den kommunistischen Widerstand.

Dem national-konservativen Widerstand war dieses Prädikat hingegen nicht zuzuerkennen, da er – so die Argumentation – nur ein gescheiterter Versuch des Erhalts der Machtgrundlagen des Imperialismus und Militarismus angesichts der abzusehenden Niederlage im Kriege und damit im Kern „reaktionär“ gewesen sei.

Im Mittelpunkt der Traditionspflege der NVA stand bis 1989 gemäß der Traditionspflegeverordnung der NVA aus dem Jahre 1978 vielmehr „die militärischen Erfahrungen der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung“.

Warum aber, meine Damen und Herren, sollte die NVA in der Abendröte der DDR in die Tradition des militärischen Widerstandes

gestellt werden? Und warum kann uns die Analyse dieses Versuches dabei helfen, den Umgang der Bundeswehr mit dem Widerstand zu verstehen und zu bewerten?

Die Antwort lautet: In dem Augenblick, in dem die NVA ihre Verwandlung in die Streitmacht eines freiheitlichen Staates vollziehen sollte, stand sie bei der Suche nach historischen Vor- und Leitbildern für eine Armee der Demokratie vor denselben Herausforderungen wie die Bundeswehr ein halbes Jahrhundert zuvor.

Und sie kam, und das ist entscheidend, dabei zu denselben Lösungsansätzen – wobei zu berücksichtigen ist, dass 1990 mit der Bundeswehr auch ein erfolgreiches Orientierungsmodell für eine Armee der Demokratie bereitstand.

Der Umstand, dass die Bundeswehr und die späte NVA gleichermaßen den Widerstand gegen das NS-Regime als für sich identifikationsstiftend setzten, illustriert nicht nur das Ausmaß des Epochenbruchs, den das NS-Regime für die deutsche Geschichte insgesamt darstellt.

Er verdeutlicht auch, dass es für die Rollenfindung und für die Selbstvergewisserung demokratischer Streitkräfte in Deutschland nach 1945 keine vernünftige Alternative dazu gab, sich in die Tradition des militärischen Widerstandes zu stellen.

Durchaus vorhandene Vorbehalte einzelner aktiver und ehemaliger Soldaten gegen die Verschwörer des 20. Juli, die vor allem in der frühen Bundesrepublik bis zu deren Schmähung als „Eidbrecher“ und „Verräter“ reichen konnten, stehen dazu nicht im Widerspruch. Das bis heute währende ehrende Gedenken an den militärischen Widerstand belegt vielmehr, in welchem geringem Maße sich diese Stimmen letztlich innerhalb der Streitkräfte gegen stärkere Kräfte haben durchsetzen können.

Die Weichen für eine positive Rezeption des 20. Juli wurden dabei früh und schon deutlich vor der Aufstellung der Bundeswehr gestellt. Als Bundeskanzler Adenauer am 24. Mai 1950 den General der Panzertruppen a.D. Gerhard Graf von Schwerin zu seinem „Berater des Bundeskanzlers in Sicherheitsfragen“ mit den Vorbereitungen für einen westdeutschen Verteidigungsbeitrag machte, fiel seine Wahl auf eine Persönlichkeit, die zwar nicht dem engeren Kreis der Verschwörer angehört hatte, jedoch deren Vertrauen genoss und in die Attentatsabsichten eingeweiht gewesen war.

Von den elf Abteilungen in Schwerins Arbeitsstab, der ab August 1950 die Tarnbezeichnung „Zentrale für Heimatdienst“ erhielt, wurden vier von Männern geführt, die entweder selbst am 20. Juli beteiligt gewesen waren oder aber familiäre Beziehungen zu den Widerstandskämpfern aufwiesen. Der Historiker Tobias Baur hat darauf hingewiesen, dass bereits an dieser Personalpolitik im Amt von Schwerin abgelesen werden kann, dass Adenauer und seine Berater einen Neuanfang für westdeutsche Streitkräfte nur unter Einbeziehung der Überlebenden und Angehörigen des 20. Juli „für möglich und wünschenswert“ hielten.

Auch die „Himmeroder Denkschrift“, die als Magna Charta der deutschen Wiederbewaffnung und als wichtigstes Gründungsdokument der Bundeswehr gilt, ist maßgeblich durch diese Weichenstellung geprägt worden.

Am Abend des 5. Oktober 1950 fanden sich zehn ehemalige Generale und Admirale sowie fünf ehemalige Stabsoffiziere in Himmerod ein. Die Hälfte des Himmeroder Kreises besetzte in der Bundeswehr später Schlüsselpositionen und trug dazu bei, die neuen Streitkräfte im Sinne der dort entwickelten politischen und militärischen Leitprinzipien zu prägen.

Von den Teilnehmern können fünf als unbedingte Befürworter des Widerstandes bezeichnet werden, nämlich Speidel, Baudissin, Kielmansegg, Knauss und v.d. Bussche. Ein grundsätzlicher Gegner des 20. Juli dürfte sich dagegen nicht unter den Teilnehmern der Tagung befunden haben, hatte doch Schwerin bei der Auswahl der Teilnehmer darauf geachtet, nur solche Offiziere in den Experten Ausschuss zu berufen, die sich im Sinne des NS-Regimes zumindest nicht exponiert hatten.

Das Ergebnis der Tagung, die erwähnte „Himmeroder Denkschrift“, widmete dem „inneren Gefüge“ der künftigen westdeutschen Streitkräfte ein eigenes Kapitel und sparte auch nicht mit eindeutigen Forderungen: „Ohne Anlehnung an die Formen der alten Wehrmacht“ sei „grundlegend Neues“ zu schaffen. Das Ganze wie der Einzelne sollten „aus innerer Überzeugung“ die demokratische Staats- und Lebensform der jungen Bundesrepublik bejahen.

Den 20. Juli und den Widerstand erwähnt die Denkschrift zwar nicht explizit, jedoch ist aus der Forderung, dass „besonderer Wert [..] auf die Frage des Gehorsams und der Gehorsamsverweigerung“ zu legen sei, ein eindeutiger Bezug zum militärischen Widerstand zu schließen.

Von verschiedener Seite ist vorgebracht worden, die Himmeroder Denkschrift sei dessen ungeachtet keineswegs als Manifest einer liberalen, bundesdeutschen Militärreform anzusehen. In Himmerod hätten sich vielmehr die militärischen Traditionalisten durchgesetzt und lediglich „bescheidene Ergänzungen des Textes“ im Sinne einer „normativen Wertewende“ zugelassen. Die Gegensätze zwischen Reformern und Traditionalisten – und damit auch die zwischen Befürwortern und Kritikern des Widerstandes – seien damit „nur vordergründig zugekleistert“ worden.

Nun ist sicherlich richtig, dass der Aufbau bundesdeutscher Streitkräfte kaum ohne die Expertise und Mitarbeiter ehemaliger Offiziere der Wehrmacht, darunter auch Gegner des militärischen Widerstandes, möglich war. Am 3. Dezember 1952 gab Adenauer seine bekannte Ehrenerklärung für die Angehörigen der Wehrmacht vor dem Deutschen Bundestag ab.

Diese Ehrenerklärung stellte, wie vielfach betont, eine notwendige soziale Voraussetzung für das Gelingen der Integration der Wehrmacht-veteranen und zukünftigen Bundeswehrsoldaten dar.

Weniger bekannt ist, dass Adenauer zuvor bereits eine zweite Ehrenerklärung abgegeben hatte, die auf die Widerstandskämpfer des 20. Juli zielte.

In der Literatur markiert diese Erklärung den Beginn des offiziellen wertschätzenden Gedenkens an die Hitler-Attentäter in der Bundesrepublik als Patrioten und Vorkämpfer der freiheitlichen Demokratie.

Die zentralen Aussagen der Denkschrift zum Inneren Gefüge der neuen Streitkräfte kleinzureden, wie dies in der wissenschaftlichen Literatur gelegentlich erfolgt, verkennt jedenfalls deren reformatorische Sprengkraft. Es lässt zudem außer Acht, dass sich die Innere Führung, wie wir heute sagen, und damit die Orientierung an die Werte und Normen des Widerstandes, wenn auch gegen Widerstände, spätestens in den 1970er Jahren unbestritten durchgesetzt hatte.

In der wissenschaftlichen Literatur ist die Bedeutung des Widerstandes und vor allem des 20. Juli für die Konzeption der Inneren Führung vielfach hervorgehoben worden.

Ich möchte Sie daher einladen, mir nach meinem Ausflug zur NVA am Beginn meines Vortrags erneut auf ein vermeintlich thematisches Nebengleis zu folgen.

Um den hohen Anspruch demokratisch verfasster und in die Demokratie eingebundener Streitkräfte einzulösen, musste den neuen bundesdeutschen Streitkräften in der deutschen Militärgeschichte Beispielloses gelingen: die Verbindung eines Höchstmaßes an militärischer Leistungsfähigkeit als Folge des Verfassungsgebots des Artikels 87a des Grundgesetzes mit einem Optimum an Freiheiten und Rechten für den einzelnen Soldaten als Folge der freiheitlichen und demokratischen Grundordnung.

Entsprechend lautete die Forderung, die Bundeswehr dürfe mit Blick auf ihre Professionalität und Kampfkraft den Vergleich mit anderen Armeen nicht scheuen.

Gleichzeitig sollte sie aber auch den Primat der Politik anerkennen, „die Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit achten, die staatsbürgerlichen Grundrechte und Grundpflichten ernst nehmen und die Würde des Menschen anerkennen“, wie Theodor Blank, der erste Verteidigungsminister am 27. Juni 1955 vor dem Deutschen Bundestag ausführte. Als eine Lehre der Geschichte und insbesondere als Erfahrung aus dem Widerstand gegen das NS-Regime wurde dazu mit der Inneren Führung eine vom Grundgesetz ausgehende ziel- und wertorientierte Konzeption für die Stellung der Streitkräfte im demokratischen Staat und des einzelnen Soldaten in der freien Gesellschaft geschaffen.

Wichtigstes Ziel der Schöpfer der Inneren Führung war es daher, die neuen bundesdeutschen Streitkräfte zu einem zuverlässigen Instrument des demokratischen Rechtsstaats zu machen. Es galt, eine geistige Abwendung der Bundeswehr oder gar eine Entwicklung zum „Staat im Staate“ mit allen Mitteln zu verhindern.

Vergegenwärtigen wir uns: Als sich 1949 die Bundesrepublik Deutschland konstituierte, war der neue Staat vorerst ohne Armee geblieben. Erst sieben Jahre später sollte der Aufbau der Bundeswehr beginnen. Die neuen Streitkräfte wurden also in ein bereits bestehendes Staatswesen hinein aufgestellt und nicht zeitgleich mit anderen staatsbegründenden Institutionen.

Die junge Demokratie Westdeutschlands sah sich damit in der bemerkenswerten und historisch betrachtet beinahe einzigartigen Position.

Sie konnte eine Armee ganz nach ihren Vorstellungen und Bedürfnissen schaffen, ohne dabei größere Rücksichten auf Traditionalisten nehmen und weitreichende Kompromisse hinsichtlich undemokratischer militärischer Normen und Werte eingehen zu müssen.

Pointierter formuliert: Es war nicht nur Absicht etwas „grundlegend Neues“ zu schaffen, vielmehr war in der historischen Ausnahmesituation der jungen Bundesrepublik der angestrebte eindeutige Bruch mit tradierten militärischen Formen und Prinzipien auch tatsächlich möglich.

Der neue westdeutsche Staat war unter der Aufsicht der westlichen Siegermächte als konsequenter Gegenentwurf zum NS-Unrechtsstaat konzipiert und geschaffen worden. Damit musste auch der Widerstand gegen das NS-Regime und der 20. Juli als sein Kulminationspunkt besondere Bedeutung für die Bundesrepublik gewinnen.

Ohne Rücksicht darauf, dass im Führerkorps der Bundeswehr, vor allem unter den älteren Feldwebeln und mittleren Offiziersdienstgraden der Weltkriegsgeneration, eine erhebliche Zahl in Distanz zum militärischen Widerstand verharrten, entschloss sich die politische und militärische Führung der jungen Bundeswehr zum klaren Bekenntnis.

1963 resümierte dies Verteidigungsminister Kai-Uwe von Hassel dies in einer Rede an der Koblenzer Schule für Innere Führung so:

„Vor allem scheint mir bedeutsam, dass die Truppe ein klares Verhältnis zum deutschen Widerstand gegen Hitler hat.

Im Ganzen gesehen hat die Bundeswehrführung in ihren Verlautbarungen unmissverständlich dargetan, welche zentrale Bedeutung sie dem Geschehen, dem Geist und der Haltung der Männer und Frauen des deutschen Widerstandes beimisst.“

Demnach hatten die am Widerstand beteiligten Wehrmachtssoldaten in ihrer Haltung vorweggenommen, was als „Staatsbürger in Uniform“ bezeichnet und als Leitbild sowie Erziehungsziel der Inneren Führung ausgegeben wurde.

Das vom Bundesministerium für Verteidigung erstmals 1957 veröffentlichte und dann in mehreren Auflagen bis 1972 unverändert nachgedruckte *Handbuch der Inneren Führung* darf als eine der wichtigsten Quellen für das Verständnis der Konzeption der Inneren Führung gelten. Die von Adolf Heusinger herausgehobene Schrift enthielt eine Übersicht über Grundlagen, Aufgaben, Ziele und Wege der Inneren Führung und damit eine erste amtliche Erläuterung der Konzeption.

Anders als die heutige Zentrale Dienstvorschrift stand dabei nicht eine Regelungsabsicht im Vordergrund. Das schmale Büchlein sollte vielmehr als Lese- und Studienbuch dienen.

Es formulierte den ambitionierten Anspruch, das innere Gefüge freiheitlicher Streitkräfte solle die Grundrechte nicht nur möglichst wenig einschränken, sondern müsse diese „im Gegenteil so deutlich wie möglich hervortreten lassen“. Der kriegsdienstverpflichtete Bürger solle als Soldat der Bundeswehr die demokratischen Rechte und Freiheiten, für deren Erhalt er zu kämpfen bereit sein müsse, auch im dienstlichen Alltag in den Streitkräften erleben, ansonsten war eine motivierte Erfüllung dienstlicher Pflichten und ein Gehorsam aus Einsicht nicht zu erzielen.

Wohl nicht zufällig thematisiert gleich das erste Kapitel des Handbuchs Innere Führung die Problematik der Schwurverpflichtung der Soldaten und trägt den Titel „Der Eid: Vor der letzten Instanz“. Dort heißt es:

„Um uns die letzten Konsequenzen des Eides ins Gewissen zu prägen, sollten wir uns an die Männer des 20. Juli 1944 erinnern: diese Männer haben sich mit einer sehr viel unklarerer und wohl unbewusst unklaren Eidesformel abfinden müssen, und doch erkannten sie, wohin die rechte Treue, der rechte Gehorsam, die rechte Verantwortung, der vor Gott geleistete Eid sie trägt. Sie opferten ihre Existenz für Freiheit, Recht und Menschenwürde.

Wer unseren Dienst und seinen Auftrag ernst nimmt, kann nur mit tiefem Dank und Bewunderung auf diese Männer als seine Vorbilder blicken.“

Im zentralen Begriff der Konzeption der Inneren Führung, dem „Staatsbürger in Uniform“, spiegelte sich das in der deutschen Militärgeschichte neue und einzigartige Soldaten- und Menschenbild. Er wurde verfassungspolitisches Leitbild und soldatisches Erziehungsziel. In seinen politischen und ethischen Werten wurzelte diese Idealvorstellung unmittelbar im Grundgesetz der Bundesrepublik.

Nicht verwundern kann es daher, dass das angesprochene *Handbuch Innere Führung* deutliche Verweise auf den Widerstand und speziell auf den 20. Juli enthielt. Dies war auch deshalb notwendig, weil die Bewertung des Attentatsversuchs unter den ehemaligen Soldaten und in der bundesdeutschen Gesellschaft umstritten blieb. Die Verleumdungskampagne der letzten Kriegsmonate, in der viel von „Verrat“ und „Feigheit“ die Rede war, wirkte noch nach. Es war daher wohl nicht übertrieben, im Nachkriegsdeutschland die reale Gefahr des Aufkommens einer zweiten „Dolchstoßlegende“ zumindest nicht gänzlich auszuschließen.

Die öffentliche Würdigung des Widerstands und vor allem des 20. Juli waren unverzichtbar, um eine unreflektierte Wehrmachtsapologetik in der Bundesrepublik und in den neuen westdeutschen Streitkräften zu verhindern.

Nicht nur die Bundesregierung und die Mehrheit des Bundetages der frühen 50er Jahre betonten die Notwendigkeit eines vollständigen militärischen Neuanfangs, auch viele gesellschaftliche Gruppen machten ihre Zustimmung zur Wiederbewaffnung von einer umfassenden Wehrreform als Zeichen eines öffentlichen Bruchs mit dem NS-Regime abhängig.

Die positive Wertung des Widerstandes galt ihnen dabei als ein Prüfstein für diese Reformbereitschaft.

Politik und Gesellschaft nahmen deshalb von Anfang an und sehr gezielt Einfluss auf die Rezeption des Widerstandes in den im Aufbau befindlichen Streitkräften. Das Widerstandsbild der Bundeswehr war somit, „keine Eigenschöpfung, sondern fand seine Entsprechung darin, wie in den fünfziger und frühen sechziger Jahren auch Staat, Justiz und Gesellschaft den Widerstand einordneten“.

Wie groß der Anteil derjenigen Offiziere und Unteroffiziere der jungen Bundeswehr gewesen ist, die den 20. Juli inhaltlich ablehnten, lässt sich heute nicht mehr eindeutig bestimmen. Auf der oberen und obersten Führungsebene, also ab dem Dienstgrad Oberst, scheiterte jedoch ein Großteil jener Bewerber, die eine eindeutig ablehnende Einstellung offenbarten, am Personalgutachterausschuss. Dieser hatte nämlich die Anerkennung der Motive der Widerstandskämpfer des 20. Juli zu einem wesentlichen Kriterium seiner Personalauswahl erhoben.

Auch wenn dieser Maßstab sicherlich nicht mit letzter Konsequenz und inquisitorischer Strenge durchgesetzt worden ist und wohl Fällen vorgekommen sein werden, in den Bewerber Lippenbekenntnisse ohne innere Überzeugung abgaben, so ist doch nicht zu verkennen, dass sich erbitterte Gegner des Widerstandes erst gar nicht zur Übernahme in die Bundeswehr bewarben.

Dem Historiker Winfried Heinemann ist zuzustimmen, dass die Verschwörer des 20. Juli weder „die gerade Vorläufer“ noch „Wegweiser zur parlamentarischen Demokratie“ gewesen sind. Die freimütigen Aussagen von Philipp Freiherr von Boeselager oder Ewald von Kleist zu den Zielen der Verschwörer, den Krieg nicht verlieren und das Reich vor Hitler und den Alliierten retten zu wollen, machen dies deutlich.

Der Widerstand und vor allem der 20. Juli wirkten dennoch wie ein Nährboden für die Demokratisierung der neuen Streitkräfte. Ohne ihr Beispiel und ohne die durch das Attentat erzwungene Auseinandersetzung mit den Grundlagen und Grenzen von soldatischem Gehorsam, hätte die Bundeswehr, wie wir sie heute kennen, schwerlich entstehen können.

Die einseitig militärische Sicht einiger Ehemaliger, die im Widerstand „Ungehorsam“ erblickten und ihn als „Eidbruch“ teilweise heftig ablehnten konnte sich dagegen nicht durchsetzen. Vielmehr galt es auch aus staatspolitischem Kalkül, die Wiederherstellung der „Majestät des Rechts“ zu betonen, wie es der ehemalige Diplomat und Mitbegründer der CSU, Friedrich von Prittwitz und Gaffron bereit im September 1947 gefordert hatte.

Die Bejahung des 20. Juli wurde also zum Gradmesser für die Ablehnung der nationalsozialistischen Idee schlechthin und zur entscheidenden Grundlage für Deutschlands Westbindung sowie für den Aufbau neuer Streitkräfte.

Meine Damen und Herren,

die von mir geschilderte Zwangsläufigkeit, mit der die Bundeswehr den 20. Juli 1944 als für sich sinnstiftend erkannte, gilt auch für die Person Henning von Tresckows. Nicht nur, weil der Generalmajor selbst zum innersten Kreis des militärischen Widerstands gehörte.

Von wenigen Protagonisten des 20. Juli können wir den persönlichen Entschluss zum Attentat so unmittelbar nachvollziehen, wie bei Henning von Tresckow. In der bekannten Passage seines Briefes an Stauffenberg tritt uns seine Motivation ganz deutlich entgegen:

„Das Attentat muß erfolgen, coûte que coûte. Sollte es nicht gelingen, so muß trotzdem in Berlin gehandelt werden. Denn es kommt nicht mehr auf den praktischen Zweck an, sondern darauf, daß die deutsche Widerstandsbewegung vor der Welt und vor der Geschichte unter Einsatz des Lebens den entscheidenden Wurf gewagt hat. Alles andere ist daneben gleichgültig.“

Die Forderung, dass ein Soldat seinem Gewissen folgen und zu allererst Recht und Freiheit wahren müsse, ist Anspruch und Erziehungsideal in der Bundeswehr geworden. Uns Nachgeborenen, die wir bekanntermaßen in postheroischen Zeiten leben, fällt es schwer, die Bereitschaft der Widerständler zur Hingabe des eigenen Lebens mitzuvollziehen.

Mit der Überzeugung, dass die Bereitschaft zu einem solchen Opfer um seiner Überzeugung Willen dem sittlichen Wert eines Menschen entspricht, endete das Leben Henning von Tresckows. In Erinnerung an die zehn Gerechten, um derentwillen Sodom nicht dem Verderben preisgegeben wurde, hoffte er darauf, das Opfer, das er und seine Mitverschwörer brachten, werde dazu beitragen, dass „Gott Deutschland um unseretwillen nicht vernichten wird“.

War das Attentat des 20. Juli 1944 also letztlich eine Verzweiflungstat – zu spät und ohne praktischen Zweck, bei der es vorrangig nur noch um die Signalwirkung ging?

Zur Beantwortung dieser Frage sollten wir uns bewusst machen, wie die Kriegslage im Sommer 1944 aussah: Etwa die Hälfte der Kriegstoten der Wehrmacht sollte erst in den kommenden letzten zehn Monaten des Krieges fallen. Städte wie Dresden, Ulm oder Potsdam waren zu diesem Zeitpunkt noch nicht zerstört. Wäre das Attentat geglückt, hätten also Millionen Menschenleben gerettet und unsägliches Leid hätte verhindert werden können.

Meine Damen und Herren,

Militärische Tüchtigkeit und Exzellenz – Kriegstüchtigkeit, um einen aktuellen Begriff zu verwenden –, haben nur dann ihren Wert, wenn sie sittlich gebunden sind. Von den Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr wird deshalb mehr verlangt, als bloße fachliche Professionalität. Sie sollen aus Überzeugung für die Werte der Demokratie eintreten. Denn Recht und Freiheit des deutschen Volkes lassen sich nur in einem demokratisch verfassten Staatswesen garantieren.

Unsere Bundeswehr und der freiheitliche Staat, in den sie eingebettet ist, werden durch die Tat und die Ziele des 20. Juli vorweggenommen, auf den Begriff gebracht in Stauffenbergs letzter Denkschrift mit den Worten: „Wir wollen eine neue Ordnung, die alle Deutschen zu Trägern des Staates macht und ihnen Recht und Gerechtigkeit verbürgt“.

Gerade in Zeiten, in denen unsere Demokratie und unsere Freiheit von verschiedenen Seiten unter Druck gerät, sollten wir uns daran erinnern.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.
